



BürgerInnenbrief

17. Dezember 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

AfD hanseatisch +++ GewerkschafterInnen wählen links! +++ Letzter Nachtzug nach Paris +++ 100% Demokratie

Liebe LeserInnen und Leser!



Guten Rutsch, Eislaufarena Wallanlagen (Foto: C. Hannen)

Der letzte BürgerInnenbrief vor dem Jahreswechsel und der danach folgenden heißen Phase des Wahlkampfes lässt uns noch einmal kurz innehalten und auf das Jahr zurückblicken. Schließlich war viel los, in dieser Woche noch einmal ganz besonders, quälen sich doch die Abgeordneten der Bürgerschaft durch den dreitägigen Haushaltsmarathon.

Wir glauben, unsere Oppositionsrolle einigermaßen gut wahrgenommen zu haben, jedenfalls konnten wir wiederholt Akzente setzen für eine linke Politik, die sich schwerpunktmäßig gegen die wachsende Armut und das immer größer werdende soziale Gefälle wendet. Senat und SPD sprechen von gut 6.000 neuen Wohnungen, wir davon, dass die Lücke bei bezahlbaren Wohnungen unverändert anwächst. Senat und SPD halten die Schuldenbremse hoch, wir kritisieren den Abbau der städtischen Infrastruktur und des absolut nötigen Personals z.B. in den Bezirksämtern. Senat und SPD erfreuen sich an sprunghaft steigenden Gewinnen beim HVV und der SAGA, wir spießen den Umstand auf, dass Miet- und Fahrpreiserhöhungen bei den städtischen Unternehmen mittlerweile zu den normalen, ja alljährlichen Gepflogenheiten gehören. Dass wir mit dieser Haltung in der WählerInnengunst bei gegenwärtig 9% liegen – bei der letzten Bürgerschaftswahl

2011 wurden es 6,4% –, macht uns natürlich auch ein bisschen zufrieden. Ganz abgesehen davon, dass vor kurzem in Thüringen ein Linker erstmals Ministerpräsident eines Bundeslandes geworden ist.

Wer länger im politischen Geschäft ist und noch die 0,...-Wahlergebnisse verschiedener linker Gruppierungen aus vergangenen Tagen erinnert, reibt sich erstaunt die Augen. Dies umso mehr, als es wenigstens in Hamburg bisher gelungen ist, die rechte(ste)n Kräfte weitgehend im Zaum zu halten. Und das soll auch so bleiben im kommenden Jahr, nicht zuletzt durch eine noch etwas klüger agierende, an den realen Problemen der Menschen ansetzende Linke in diesem Land, in unserer Stadt!

Wir wünschen allen FreundInnen des BürgerInnenbriefs ein paar geruhsame Tage, uns gerne auch mal einen Leserbrief und allen ein friedlicheres neues Jahr. Nach dem wärmsten Herbst seit zwei Jahrhunderten könnte es gerne auch nochmal ein wenig abkühlen, denn ab Anfang Januar wird's sechs Wochen etwas heißer, gefühlt zumindest, vor allem bei uns.

Bis dahin!

Heike Sudmann, Tim Golke und das Redaktionsteam

AfD hanseatisch und die Einwanderung

Von Joachim Bischoff



AfD-Landeschef Jörn Kruse (l.), Vize Julian Flak, 8.11.2014 (dpa)

Hooligan-Probleme, Rechtsradikale in den eigenen Reihen, Vorstands-Querelen. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) Hamburg steckt Monate vor der Bürgerschaftswahl in Schwierigkeiten. Ist also der rechtspopulistische Spuk schon vorbei, bevor er richtig begonnen hat? Die spannende Frage ist, ob die AfD nur von einem vorübergehenden Hype profitiert und in absehbarer Zeit das Schicksal der »Piraten« erleidet.

Die AfD steht schon seit ihrer Gründung im Verdacht, den rechten Rand nutzen und ausbauen zu wollen. In gesellschaftspolitischen Fragen nimmt diese Partei rechtskonservative bis -populistische Positionen ein. Das bringt ihr Zustimmung bei WählerInnen ein, denen die Union und die gesamte politische Klasse schon länger nichts mehr zu bieten haben. Die Führung um Parteichef Bernd Lucke hält energisch dagegen, in die rechte Ecke gestellt zu werden. Die AfD versteht sich selbst als liberal-konservativ, außerdem als »Partei der Vernunft«. In ihrer Führung finden sich viele Männer mit akademischen Titeln. Lucke ist Ökonom, auch der Hamburger AfD-Chef Jörn Kruse ist pensionierter Professor. PolitikerInnen von CDU und SPD haben der AfD vorgeworfen, politisches Kapital aus der Anti-Islam-Bewegung »Pegida« zu schlagen. Und SPD-Vize Ralf Stegner fordert: »Wir müssen rechte, populistische Stimmungsmacher wie die AfD, die diese menschenverachtenden Proteste verharmlosen und sogar begrüßen, in die Schranken weisen.«

Bei der Zuwanderung unterscheidet die AfD zwei Gruppen. Zum einen seien da Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten wie etwa Syrien und Irak. »Klar ist, dass wir diese Menschen nicht zurückschicken können. Wir haben eine moralische Verpflichtung, ihnen zu helfen.« Zumindest so lange, bis in ihren Ländern wieder Verhältnisse herrschen, die ihnen die Rückkehr ermöglichen. Anders sieht es bei der zweiten großen Gruppe aus: Zuwanderern, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Die AfD ist für die Ein-

führung des kanadischen Modells. Das bedeutet: Je höher die Qualifikation und Sprachkenntnisse des Einwanderers, desto mehr Punkte bekommt er gutgeschrieben. Alle anderen werden nicht aufgenommen und letztlich abgeschoben.

Diese Unterscheidung findet sich auch beim Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung. Eine neue Allensbach-Untersuchung belegt, dass es eine zwiespältige Bewertung der Flüchtlingsfrage gibt. Rund zwei Drittel haben den Eindruck, dass derzeit viele AsylbewerberInnen nach Deutschland kommen. Die Gründe für Asylbegehren sind dem Eindruck nach breit gefächert (siehe das Schaubild auf der folgenden Seite). Sowohl akute existenzielle Notlagen und Verfolgung in der Heimat werden von großen Teilen der Bevölkerung als häufige Gründe vermutet, als auch wirtschaftliche Motive sowie vermeintlich niedrige Hürden des deutschen Asylrechts bzw. der -praxis. Obwohl also existenzielle Notlagen, insbesondere Bürgerkriege, als wesentliche Motive für Asylbegehren vermutet werden, plädieren 59% für strenge Asylregeln, d.h. dafür, nur wenigen Asyl zu gewähren, 17% sind für eher großzügige Regeln in Deutschland, 24% sind in dieser Frage unentschieden.

Die AfD greift diesen Widerspruch auf und verkündet, dass ihr Rezept eindeutig ist: Zuwanderung braucht strenge Regeln. »Wir müssen Zuwanderer selektieren. Wir brauchen nicht jeden. Bereitschaft zum Erlernen deutscher Sprache muss da sein oder minimale Kenntnisse eines Handwerks. Wir akzeptieren keinen Koran und kein Allah oberhalb des Grundgesetzes.«

Trotz der vermeintlichen Volksnähe in der Flüchtlings- und Asylfrage hat die AfD Probleme. Ursächlich sind dafür vor allem innere Querelen. Bernd Lucke versucht permanent, sich vom immer stärker werdenden Rechtsaußen-Flügel der Partei abzugrenzen. In einem Brief an die Mitglieder fordert er zudem eine deutliche Distanzierung vom Querulamentum.

Antworten auf die Frage: »Was vermuten Sie: Aus welchen Gründen kommen Asylbewerber vor allem zu uns? Könnten Sie mir das nach dieser Liste sagen?«



Basis: BRD, Bevölkerung ab 16-Jahren;
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11025

Luckes These: Die AfD dürfe den Fehler der GRÜNEN nicht wiederholen, die in ihren Anfangsjahren unter dem Fundamentalismus vieler Mitglieder zu leiden gehabt hätten. Die rechten Strömungen in der Partei schaden der AfD, »weil sie damit ein Klima des Misstrauens schaffen, das wie ein schleichendes Gift in die Partei sickert«. Kein Vorstand wolle politisch arbeiten, wenn »Querulanten und Rechthaber den größten Teil seiner Arbeitszeit absorbieren«. Diese internen Streitereien lassen in den Medien immer wieder die Frage aufkommen, ob sich die AfD überhaupt dauerhaft im bundesdeutschen Parteiensystem verankern könne. Eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie (Renate Köcher, FAZ vom 22.10.2014) legt jedenfalls eine solche Perspektive nahe. Dafür spreche vor allem das klare Profil bei Europa und der Zuwanderung, den zwei wichtigsten Themen der Partei. Demnach sammelten sich bei der AfD WählerInnen, denen die europäische Integration zu weit geht und denen die Zuwanderung teilweise Unbehagen bereitet.

Aktuell setzt die rechtspopulistische Partei unbeschadet der Streitereien über den Einfluss von rechtsextremen Positionen ihren Aufwärtstrend aus den letzten Landtagswahlen fort. Bei den drei ostdeutschen Landtagswahlen in diesem Jahr erzielte sie über 10%, bei der Europawahl 7,1%. Die AfD erhält gegenwärtig in Umfragen zwischen 7,5 und 10% Zustimmung in einer möglichen Wahl. Der Erfolg schlägt sich auch bei den Mitgliederzahlen nieder. Seit ihrer Gründung vor eineinhalb Jahren hat sich die Zahl der Parteimitglieder mehr als vervierfacht. Am 30. März 2013 zählte die Partei 4.589 Mitglieder, zum Zeitpunkt der aktuellen Zählung gehörten ihr 19.885 Menschen an. Im Unterschied zu anderen

europäischen Ländern war das parteipolitische Auftreten von Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus in Deutschland in den letzten Jahren nicht sehr erfolgreich. Erst mit den Europawahlen gab es mit der AfD den Anlauf zur Etablierung einer rechtspopulistischen Partei neben den überwiegend auf der politischen Ebene bedeutungslosen rechtsextremen Parteien wie der NPD. Das Wählerpotenzial für eine solche politische Kraft ist allerdings seit längerem vorhanden.

Um dauerhaft Erfolg zu haben, müssen sich populistische Parteien ausgehend von der Artikulation aktueller Proteststimmungen auch auf politische Zielsetzungen stützen. Der wichtigste Bezugspunkt aller rechtspopulistischen Parteien ist die tiefe Resignation und teilweise Abgrenzung vom überlieferten System der politischen Willensbildung. Die wichtigste Unterscheidung für PopulistInnen ist die zwischen korrupten, unfähigen Eliten einerseits und den wachsenden Problemen der gutwilligen Mehrheit der Bevölkerung andererseits. Das Misstrauen vieler WählerInnen gegenüber der Selbstbedienungsmentalität der politischen Klasse führt zu deutlichen Rückgängen bei der Wahlbeteiligung und schlägt sich z.T. in einem Engagement für rechtspopulistische Protestparteien nieder. Der Vorwurf der Korruptheit und Selbstbezogenheit vieler politischer Akteure geht einher mit der Enttäuschung über ideologische Zielsetzungen und Gerechtigkeitsversprechen erst des Staates, dann des Marktes. Die soziale Unsicherheit verbindet sich mit verbreiteten Stereotypen und Vorurteilen. »Für AfD-Anhänger spielt eine große Rolle, dass die AfD den Konsens der übrigen Parteien durchbricht. 72 Prozent von ihnen sehen die AfD als Partei, die sich deutlich von anderen Parteien unterscheidet, 74 Prozent als Anwalt von Positionen, die in der Bevölkerung durchaus weit verbreitet sind. 81 Prozent versprechen sich »frischen Wind in der Politik«. Zwei Drittel der Anhänger sind auch überzeugt, dass die AfD eine Lücke im parteipolitischen Spektrum füllt.« (ebd.) Die AfD-SympathisantInnen zeigen eine Neigung zu autoritären Einstellungen, die gegen Minderheiten Stimmung machen. Die Wahrnehmung der krassen sozialen Ungleichheit und das Scheitern der bisherigen Konzepte gegen Ungerechtigkeit führen zu der Forderung, den Wohlfahrtsstaat gegen Ausnutzung zu verteidigen, und zum politischen Kampf gegen »Sozialdumping«.

Rechtspopulistische Parteien sind ausgeprägt EU-kritisch oder -feindlich. Sie kritisieren die zunehmende Internationalisierung und Zentralisierung politischer Entscheidungsprozesse in Europa sowie eine übermäßige Bürokratie. Dadurch sehen sie eine Abkopplung der politischen Abläufe, den Verlust von Kontakt zur »wirklichen Welt« bzw. zum Alltag der Bevölkerung. Hinzu kommt als weitere, für den Rechtspopulismus charakteristische Forderung: Einwanderung ja, aber nur ohne Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen und Rechten. »Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren.« Diese radikalisierte Haltung, die sich schon in der CSU-Parole von einer Maut für Ausländer anbahnte, bietet Stoff für die rechtspopulistische Programmatik, die

Zuwanderung zu begrenzen und härtere Asylgesetze anzustreben. Die Mixtur aus Kapitalismuskritik, Verachtung des politischen Systems und nationalstaatlicher Besinnung ist eindeutig eine rechtspopulistische Positionsbestimmung. Richtig bleibt aber auch: Die AfD ist noch keine konsolidierte Organisation. Sie ist geprägt von drei politischen Strömungen und Milieus: einem marktradikalen, einem nationalkonservativen und einem deutlich rechtspopulistisch oder gar rechtsextrem affinem Milieu. Vor allem mit den rechten Strömungen gibt es immer wieder heftige Auseinandersetzungen um Ausrichtung und Programmatik der Partei.

Für die AfD ist Hamburg eine besondere Herausforderung, denn hier kommt sie mit ihrem Spitzenkandidaten Jörn Kruse laut aktueller Umfrage gerade mal auf 4% der Stimmen. Damit würde sie im Februar den erstmaligen Einzug in ein westdeutsches Landesparlament verpassen. Auch hier ist die Auseinandersetzung mit der rechtskonservativen und rechtsextremen Strömung ein zentraler Punkt, der über den Wahlerfolg mit entscheidet. Insofern hängt der Aufstieg der AfD auch an einer erfolgreichen Integration der verbliebenen Reste der einstigen rechtspopulistischen Schill-Partei. Hier ist exemplarisch das Comeback von Dirk Nockemann, dem mit dem Listenplatz 3 bei Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde ein Sitz in der Bürgerschaft sicher wäre. Der Verwaltungsbeamte und frühere Innensenator im Beust-Senat sieht kein Problem darin, die Inhalte der früheren Schill-Partei auch in die AfD hineinzutragen. Auf einer Wahlveranstaltung sagte der frühere Vorkämpfer für Recht und Ordnung, die Schill-Partei sei nur an den Eskapaden ihres Namensgebers gescheitert, nicht an den Inhalten. Nach wie vor sei eine andere Ausländer- und Sicherheitspolitik vonnöten.

Die Hamburger Bevölkerung ist MuslimInnen gegenüber zwar aufgeschlossen und zeigt ein sichtbares Maß an Offenheit gegenüber Diversität, allerdings halten sich zahlreiche Vorurteile hartnäckig. Dies zeigt eine repräsentative Studie mit dem Titel »Hamburg postmigrantisch«, die im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt wurde. Ein Drittel der Befragten stimmt der Aussage »Muslime sind aggressiver als wir« zu und schreibt ihnen nicht nur unveränderliche Eigenschaften zu, sondern markiert sie als

Aufbruch der rechten Wutbürger: Front national, Ukip, Schwedendemokraten, AfD ...

Vortrag und Diskussion mit **Joachim Bischoff**

Sonntag, 25.1.2015, 15.00 bis 18.00 Uhr,

Gemeindesaal St. Georg, Stiftstraße 15 (1. Stock)

Anmeldung: michael.joho@linksfraktion-hamburg.de

Die rechten »Mut«-Bürger – was & wer verbirgt sich hinter der AfD?

Buchvorstellung und Podiumsdiskussion mit dem

Autor Alexander Häusler, Mittwoch, 28.1. |

19:00 Uhr | Kaffeewelt, Böckmannstraße 3

klare Fremdgruppe außerhalb des deutschen »Wir«. Die Bildungsorientierung muslimischer Eltern wird zwar von 44,9% der Befragten mit jener der Eigengruppe gleichgesetzt. Dennoch gibt es bei 34,9% der Befragten Vorbehalte, das eigene Kind in eine Schule zu schicken, in der jeder vierte Schüler muslimisch ist. Und 20,9% der HamburgerInnen nehmen Muslime als soziale Belastung wahr. Etwas mehr als jede vierte Person stimmt zudem der Aussage zu: »Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte«. Als bedroht erachten die Befragten Werte wie das soziale Miteinander, Sicherheit und Ordnung oder Religions- und Glaubensfreiheit.

Schlussfolgerung: Die Rechtsverschiebung eines Teils der WählerInnen bei rückläufiger Wahlbeteiligung ist mit der Herausbildung von neuartigen rechtspopulistischen Parteien verbunden. Der Erfolg hängt wesentlich davon ab, ob und in welchem Ausmaß die Abgrenzung und Integration der traditionellen extremen Rechten gelingt.

Angesichts der oberflächlichen Auseinandersetzung mit den unterliegenden gesellschaftlichen Problemen trifft Renate Köcher in der FAZ eine etwas waghalsige Prognose: »Die AfD erfüllt mehrere Voraussetzungen für einen zumindest mittelfristig andauernden Erfolg: ein klares Zielprofil, in dem Themen von Gewicht dominieren; eine Positionierung, die von vielen und insbesondere den eigenen Anhängern als deutlich abweichend von anderen Parteien wahrgenommen wird; eine



Miteinander der Kulturen, St. Georg (M. Joho)

zurzeit enthusiastische und in den Positionen, die das Profil der AfD prägen, weitgehend geschlossene Anhängerschaft... Zurzeit käme die AfD bei einer Wahl in den Bundestag – anders als noch vor einem Jahr. 7,5 Prozent der Bürger würden sie jetzt bei einer Bundestagswahl unterstützen; für knapp je-

den Fünften ist vorstellbar, die AfD bei einer Wahl in den nächsten Jahren zu unterstützen – entweder auf der kommunalen, landespolitischen, Bundes- oder Europa-Ebene. All dies lässt erwarten, dass sich das parteipolitische Spektrum auf Sicht der nächsten Jahre deutlich verändert.«

Aufruf: GewerkschafterInnen wählen links!



1. Mai 2012 auf dem Fischmarkt (Infoarchiv Norderstedt)

Welche Partei auch immer den künftigen Hamburger Senat führt, welche Koalition auch immer den neuen Senat bildet: Ohne eine starke Linksfraktion in der Bürgerschaft wird die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben.

Der Senat unter Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) bedient vor allem die Interessen der Unternehmer und der Handelskammer – und wird dafür auch sehr gelobt! Bei dieser Politik fällt sehr wenig für die abhängig Beschäftigten ab: Das neue Personalvertretungsrecht bleibt hinter den Möglichkeiten zurück, und mit dem neuen Gleichstellungsgesetz werden die Wählbarkeit und die Frauenbeauftragten gleich ganz abgeschafft. Das Landesmindestlohngesetz und die so genannte Fachkräftestrategie sind unzureichend, in der Arbeitsmarktpolitik haben sich ebenfalls keine großen Veränderungen ergeben – jetzt soll es sogar Null-Euro-Jobs geben! Unser Fazit lautet: Dieser Senat betreibt eine unsoziale und undemokratische Politik. Unsere Antwort ist: Eine starke LINKE in der Bürgerschaft!

Durch die Konsolidierungs- und Kürzungspolitik der derzeit alleinregierenden SPD werden soziale Träger und öffentlich finanzierte Einrichtungen angehalten, Tarifflicht zu begehen. Die Kündigung von befristet beschäftigten Lehrerinnen und Lehrern während der Schulferien setzt die Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse durch den SPD-Senat fort. Zu Recht wehren sich Gewerkschaften gegen den »Befristungswahn.« Die »Schuldenbremse« geht zu Lasten der sozialen Infrastruktur und setzt die Arbeitsplatzvernichtung im

Öffentlichen Dienst verschärft fort. Das Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten ist bereits auf der Strecke geblieben. Diese Politik vergrößert die Gefahr einer weiteren Privatisierung der Daseinsvorsorge. Grüne, CDU und FDP machen das nicht nur mit – sie wollen den Prozess sogar beschleunigen und verschärfen. Uns fehlt zudem eine klare Abgrenzung aller anderen Parteien zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

DIE LINKE hat in der Bürgerschaft viel erreicht: Sie hat soziale Ungerechtigkeiten skandalisiert, sie hat Halbherzigkeiten und wirtschaftsfreundliche Beschlüsse nicht mitgetragen. Sie hat Alternativen angeboten! Das soll auch der Auftrag an die nächste Linksfraktion sein. Dafür benötigt sie wieder eine starke Stellung, diesmal mit mehr als acht Mandaten.

DIE LINKE arbeitet in den außerparlamentarischen Bewegungen Hamburgs mit und unterstützt sie und insbesondere die Gewerkschaften mit ihren Forderungen. Mit dem Arbeitskampf beim Verpackungsmittelhersteller Neupack in Stellingen, den Tarifauseinandersetzungen am Flughafen oder den Streiks in unseren Krankenhäusern, bei pflegen & wohnen, in den Kitas und anderswo haben Tausende Menschen bewiesen, dass es möglich ist, sich zu wehren. DIE LINKE hat diese Kämpfe auch von Seiten der Bürgerschaftsfraktion solidarisch unterstützt und sie im Rathaus thematisiert.

DIE LINKE unterstützt zudem die Aufnahme der Flüchtlinge, die als »Lampedusa-Gruppe« bekannt geworden sind, in die Gewerkschaft ver.di. Es ist ein Zeichen der Solidarität,

Menschen auf der Flucht Anerkennung zu verschaffen und ihnen das Recht auf Arbeit nicht aufgrund ihres Status zu verweigern. Alle, die sich ein sozialeres, ein menschlicheres und besseres Hamburg wünschen, wählen am 15. Februar 2015 DIE LINKE!

Wir fordern vom neuen Senat:

- 5.000 Arbeitsplätze – sofort – für arbeitslose Menschen als zweiten öffentlichen Arbeitsmarkt.
- Die Privatisierungspolitik sofort zu beenden, die Energieversorgung und die Krankenhäuser müssen zurück in die Öffentliche Hand.
- Im Landesmindestlohngesetz muss der Mindestlohn auf 13 Euro angehoben werden.
- Die Stadt muss genügend Ausbildungsplätze anbieten und die Übernahme garantieren. Wir wollen eine Mindestauszubildendenvergütung.
- Mehr Personal für die Kitas und die Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, gute Tarifverträge für alle freien Träger. Die Übernahme von Tarifabschlüssen muss garantiert werden!
- Einen besseren Steuervollzug durch mehr Personal und die Einführung einer Vermögenssteuer.

ErstunterzeichnerInnen (14.11.2014): **Isabel Artus** Vorsitzende DGB-Jugend Hamburg, NGG; **Detlef Baade** Hafenbetriebsrat, ver.di, DGB-Vorsitzender Ortsverband Harburg; **Lars Buchmann** GEW-Landesvorstand; **Thomas Burow** Betriebsratsvorsitzender, IG Metall; **Yasar Cantay** Betriebsratsmitglied; **Philip Collrep** Gewerkschaftssekretär, EVG; **Martin Geißler** Gewerkschaftssekretär, IG Metall; **Murat Günes** Betriebsratsvorsitzender, IG BCE; **Ernst Heilmann** DGB-Vorsitzender Ortsverband Bergedorf; **Doris Heinemann-Brooks** ver.di-LBV, stellvertr. Personalratsvorsitzende; **Axel Hopfmann** Personalratsmitglied, ver.di; **Bernd Kittendorf** ver.di-LBV, Personalrat; **Ingo Kropp** Personalratsmitglied, EVG; **Kirsten Rautenstrauch** Betriebsratsvorsitzende, ver.di; **Berno Schuckart-Witsch** Gewerkschaftssekretär, ver.di; **Reinhard Schwandt** Betriebsratsvorsitzender, ver.di; **Taro Tatura** GJAV-Vorsitzender, ver.di-LBJV; **Thomas Wolff** Betriebsratsvorsitzender, IG Metall (Funktionen dienen nur zur Kennzeichnung der Person).

Weitere Unterstützungsadressen an: Gerald Kemski-Lilleike c/o DIE LINKE. Landesverband Hamburg, Wendenstraße 6 20097 Hamburg, gerald.kemski@t-online.de.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Allein in den ersten drei Quartalen 2014 wurde **5.639 Hamburger Haushalten der Strom gekappt**, weil sie den Zahlungsfristen nicht nachkamen oder nachkommen konnten. Weitere 1.000 bis 2.000 dürften bis Jahresende hinzukommen. Damit zeichnet sich ab, dass die Zahlen des gesamten Jahres 2013 mit rund 5.800 Stromabstellungen deutlich übertroffen werden. Die mit diesen Daten gespickte Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (Drs. 20/13924 vom 12.12.2014) kommentiert die LINKEN-Abgeordnete

Cansu Özdemir wie folgt: »Steigende Strompreise und explodierende Heizkosten führen dazu, dass vor allem Menschen mit geringem Einkommen immer häufiger Strom, Gas und Wasser abgestellt wird... Wir fordern eine kostenlose Grundversorgung mit Wasser und Energie für alle Menschen. Für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung, ALG 2, Wohngeld und Kinderzulage muss der Kauf von sparsamen Neugeräten durch die jeweiligen Stellen finanziert bzw. bezuschusst werden.«

Soeben hat das Statistikamt Nord unter der Nummer 204/2014 seine neueste Veröffentlichung herausgegeben: die **Hamburger Stadtteil-Profil 2014**. Darin finden sich jeweils zwei Seiten zu jedem Hamburger Stadtteil, geordnet nach Bezirken und aufgeteilt in wichtige Bereiche z.B. der Sozialstruktur, des Wohnens und Verkehrs. Beispielsweise erfährt mensch, dass Rahlstedt mit nahezu 88.000 BürgerInnen Hamburgs einwohnerstärkstes Viertel ist oder dass die mit 1.500 Euro/qm im Durchschnitt günstigsten Eigentumswohnungen der Stadt in Neugraben-Fischbek zu finden sind. Das Handbuch kann im Statistikamt (Steckelhörn 12) käuflich erworben oder auch heruntergeladen werden unter www.statistik-nord.de.

Der **Leerstandsmelder** soll nutzerfreundlicher und aktueller werden. Nun werden »100 Fans« gesucht, die die Auffrischung der Meldungen über Wohnungs- und Büroleerstände auch finanziell unterstützen. Mehr unter www.startnext.de/leerstandsmelder.



Rund eine Million Quadratmeter teilweise schon länger **leerstehenden Büroraum** gibt es in Hamburg, brach liegende Ressourcen ohne Ende. Der Forderung nach Umbau und -nutzung dieser Flächen

zu **Wohnraum** begegnet der Senat meistens ablehnend: zu teuer, nicht machbar, blöde fürs Geschäft. Doch ein Beispiel in **Frankfurt-Niederrad** lässt aufhorchen. Dort macht die AGB Wohnungsbaugesellschaft aus ehemaligen Bürogebäuden zwar nicht gerade günstige Wohnungen, aber mit einem Investitionsvolumen von 38 Millionen Euro entstehen hier eine Kindertagesstätte und 134 Wohnungen für rund elf Euro je Quadratmeter, wobei die Nebenkosten unterdurchschnittlich sein sollen, da die Häuser in energieeffizienter Passivbauweise erstellt werden. Mehr unter www.welt.de/133593675.

Zwei jeweils 40 minütige Talkshows zum Thema Wohnungspolitik seien hier kurz erwähnt. Bei Herbert Schalthoff ging es auf »Hamburg 1« am 2. Dezember um die **Bilanz: Bündnis für Wohnen**. In der Runde diskutierten Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau, der Landesvorsitzende des Verbandes der norddeutschen Wohnungsunternehmen (VNW) Marko Lohmann, Siegmund Chychla vom Mieterverein zu Hamburg und Heike Sudmann (www.hamburg1.de/sendungen/SchalthoffLive/Bilanz:_Buendnis_fuer_Wohnen-4221.html). Und am 11. Dezember versuchte sich der Sender »N24« an einer Antwort auf die Frage **Warum ist Wohnen so teuer?** Michel Friedman hatte sich dafür als Gäste Ulrich Maly, Nürnberger Oberbürgermeister und Mitglied im Deutschen Städtetag, sowie Kai Warnecke von der Immobilienfirma »Haus & Grund« eingeladen (www.n24.de/n24/Mediathek/Sendungen/d/5849884/warum-ist-wohnen-so-teuer-.html).



Alles eine Frage der Haltung, so lautet der Titel eines neuen **Buches**, in dem es um die **Kommunikation einer Wohnungsgenossenschaft** geht, genauer um den mehr als ein Jahrhundert alten »Altonaer Bau- und Sparverein«, kurz altoba. Dessen Vorstandsmitglied **Holger Kowalski** und die Autorin **Bärbel Wegner** zeichnen die nach eigenen Angaben »besondere Unternehmenskultur« an zahlreichen Beispielen nach. Im Zentrum stehe dabei »die wertschätzende Kommunikation zwischen Vorstand, Mitarbeitern und Mitgliedern«. Das Buch ist im Haufe-Verlag erschienen, hat 230 Seiten und kostet 29,95 Euro. Inhaltsverzeichnis und Vorwort können als Leseprobe unter www.altoba.de im Bereich »Service/Downloadbereich« eingesehen werden.

»Mehrheit der Hamburger mit Busbeschleunigung unzufrieden«, so lautete die Hauptmeldung des **Online-Magazins NahverkehrHamburg** am 12. Dezember. 46% von 1.005 befragten wahlberechtigten HamburgerInnen seien laut Erhebung von Infratest dimap im Auftrag des NDR mit dem Programm unzufrieden, nur 37% zufrieden. Das für alle verkehrspolitisch Interessierten aufschlussreiche Magazin bietet täglich neue Meldungen und kann unter www.nahverkehrhamburg.de abonniert werden.



NahverkehrHAMBURG
Der tägliche Nachrichtendienst zum Verkehr in der Metropolregion

Unter dem gemeinsamen Label **Vier starke Davids gegen den Goliath der Konzernmedien** machen zurzeit vier Projekte Werbung für sich: Es handelt sich dabei zum einen um die »NachDenkSeiten«, über die Wolfgang Lieb und Albrecht Müller regelmäßig aufklärende Artikel und »Hinweise des Tages« veröffentlichen. Gelesen wird das Ganze täglich von 70.000 ZeitgenossInnen (www.nachdenkseiten.de). Der zweite David ist Konstantin Wecker mit seiner Website »Hinter den Schlagzeilen«. In diesem »Magazin für Kultur und Rebellion« finden sich Sachartikel, Essays und Satire, Liedermacher-Videos und Kabarett-Mitschnitte (www.hinter-den-schlagzeilen.de). Ebenfalls wider den bürgerlichen Stachel löckt »WeltnetzTV«, das »Portal für kritischen Video-Journalismus mit Parodien und Gegen-An-Sichten«, mit »Aufnahmen, die das deutsche Fernsehen verschweigt: aus der Ukraine, Syrien, Lateinamerika etc.« (www.weltnetz.tv). Und schließlich die Zeitschrift »Ossietzky«, die – ganz im äußeren Stil der alten »Weltbühne« – im Zwei-Wochen-Rhythmus seit 1997 über Politik, Wirtschaft und Kultur aus linksalternativer Perspektive berichtet: »konsequent antimilitaristisch und antifaschistisch«. Zentrale Figur ist hier Eckart Spoo, langjähriger leitender Redakteur der »Frankfurter Rundschau«. Über die Website sind auch alle Artikel der vergangenen Jahre herunterzuladen (www.ossietzky.net).

Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode hat der Senat noch ein umfangreiches Rahmenkonzept zu Wilhelmsburg herausgegeben: **Hamburgs Sprung über die Elbe – Zukunftsbild 2013+** (Bürgerschaftsdrucksache 20/13206 vom 30.9.2014). Dieses Rahmenkonzept birgt viele Punkte, die zum Widerspruch herausfordern. Im

Kern vertritt dieses mehr oder weniger von der Wirtschaftsbehörde diktierte Papier weiterhin den Vorrang von Gewerbe und Hafen vor dem Wohnen. Trotz Versuchen der Linksfraktion, die öffentliche Anhörung am Ort des Geschehens anzusiedeln, also auf der Elbinsel, findet sie nun am Donnerstag, den 18. Dezember, um 17.00 Uhr im Reimarus-Saal der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4) statt. Jede/r Hamburger/in kann sich hier zu Wort melden und Position beziehen.



Fünf Jahre ist es her, dass Irene Bude, Olaf Sobczak und Steffen Jörg ihren Streifen »Empire St. Pauli« uraufgeführt haben. Er ist längst zu einem gentrifizierungskritischen Filmklassiker geworden. Nun hat das Trio ein zweites Werk vollendet, die knapp **90minütige Dokumentation »buy, buy, st. pauli«**. Der ebenfalls sehr sehenswerte Film veranschaulicht die Geschichte der ESSO-Häuser, die mangels Instandhaltung durch den Eigentümer und durch eine fehlende Aufsicht und allzu große Investorenfreundlichkeit des Bezirksamtes Hamburg-Mitte erst verwahrlosten und im Dezember 2013 in einer Nacht-und-

Nebel-Aktion schließlich evakuiert werden mussten. Der Film wird in den kommenden Wochen u.a. in verschiedenen Kinos gezeigt: am **Donnerstag, den 18. Dezember**, um 21.15 Uhr im »Metropolis«; am **21. Dezember** um 20.00 Uhr in der »Roten Flora«; am **19. Januar** um 20.00 Uhr im »Abaton« (das ist auch der Termin des bundesweiten Kinostarts, an diesem Abend mit den FilmemacherInnen und weiteren ProtagonistInnen); am **25. Januar** um 11.00 Uhr nochmals im »Abaton«; am **12. Februar** um 20.00 Uhr im »Lichtmeß«. Infos: www.buybuy-stpauli.de.

Seit 125 Jahren wird in Hamburg die **Jugendweihe** begangen. Die neuen Kurse der AG Jugendweihe Groß-Hamburg e.V. beginnen am **Mittwoch, den 7. Januar 2015**, um 17.00 Uhr in der LOLA (Lohbrügger Landstraße 8). Der wöchentliche Vorbereitungskurs endet mit einer großen Jugendfeier am 23. Mai 2015. Anmeldungen und nähere Informationen beim Vereinsvorsitzenden Helmuth Sturmhoebel (Tel. 724 55 45).

Um **Wohnen und Mieten in Langenhorn** geht es auf einer Veranstaltung der LINKEN im Bezirk Nord am **Donnerstag, den 8. Januar**, um 20.00 Uhr, im Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstr. 41. Referentin an diesem Abend ist Heike Sudmann.

Am **Mittwoch, den 14. Januar**, um 19.00 Uhr, diskutieren in der HafenCity Universität, Hörsaal 200 (Überseeallee 16), im Rahmen des Hamburger Städtebauseminars 2015 die stadtentwicklungspolitischen SprecherInnen der Bürgerschaftsfraktionen Dirk Kienscherf (SPD), Jörg Hamann (CDU), Olaf Duge (GRÜNE), Dr. Kurt Duwe (FDP) und Heike Sudmann (LINKE) über: **Big City, Smart City, Learning City. Wie sich die Planung neuen Leitbildern anschließen muss**. Das Programm des Städtebauseminars findet sich hier: www.staedtebauseminar.de/wp-content/uploads/staedtebauseminar-programm-2015.pdf.

Einen **5. Bewegungsratschlag** führt DIE LINKE am **Freitag, den 16. Januar 2015** von 14.00 bis 18.00 Uhr in ihrer Berliner Bundesgeschäftsstelle (Kleine Alexanderstraße 28) durch. Schwerpunkt soll dieses Mal das Thema **Prekarität und Protest** sein. Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger laden zu diesen Bewegungsratschlägen regelmäßig VertreterInnen sozialer Bewegungen ein, in diesem Jahr ging die Einladung auch an das Hamburger Netzwerk Recht auf Stadt.

Einen **Frühschoppen zu verkehrspolitischen Themen** gibt es am **Sonntag, den 18. Januar**, von 11.00 bis 13.00 Uhr im Bürgerhaus Bornheide (Bornheide 76). Die Positionen der LINKEN wird Heike Sudmann vortragen.

Was nun, Herr Oberbaudirektor Walter?, formuliert der Verein Zukunft Elbinsel e.V. und erweitert das noch um diese Frage: Kippt die Stadtentwicklung in Wilhelmsburg? Hintergrund ist das bereits erwähnte Konzept »Sprung über die Elbe – Zukunftsbild 2013+«, das deutlich die Handschrift der Wirtschaftsbehörde trägt und einmal mehr die Elbinsel als Wohnort zugunsten des Hafen- und Wirtschaftsverkehrs vernachlässigt. Oberbaudirektor Walter steht am **Mittwoch, den 14. Januar**, um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) Rede und Antwort, die Moderation hat Hartmut Sauer inne.

20.000x Busbeschleunigungsprogramm stoppen

Von Heike Sudmann



Erfolgreich für Bushaltestelle Gerichtstraße (M. Joho)

Ende Oktober habe ich im »BürgerInnenbrief« über die Volksinitiative »Stopp des Busbeschleunigungsprogramms« und die Stellungnahme der LINKEN dazu berichtet. Innerhalb von knapp acht Wochen hat die Initiative hamburgweit über 20.000 Unterschriften gesammelt und damit aller Voraussicht nach das notwendige Quorum erreicht. In der Folge wird sich die Bürgerschaft mit dem Anliegen der Volksinitiative befassen müssen.

Bereits am 2. Dezember 2014 gab es im bürgerschaftlichen Verkehrsausschuss auf Antrag der Oppositionsfraktionen eine öffentliche Anhörung zur Busbeschleunigung. Mehr als 200 BesucherInnen waren dort, eine Vielzahl von ihnen meldete sich zu Wort. Einmal mehr wurde deutlich, woran es bei der Busbeschleunigung hakt. Der Senat plant ohne die Beteiligung und Einbeziehung der BürgerInnen und ihres Sachverständes. KeineR der Anwesenden sprach sich gegen eine Verbesserung des Busnetzes und des Busverkehrs aus. Groß war und ist jedoch die Kritik an diversen Einzelmaßnahmen. Am grünen Tisch sehen diese Maßnahmen vielleicht nett aus, den

Realitätstest vor Ort bestehen sie jedoch oftmals nicht. Deshalb hatte DIE LINKE den Protest gegen unsinnige Planungen wie in der Langen Reihe (St. Georg), am Mühlenkamp (Winterhude), in der Max-Brauer-Allee/Haltestelle Gerichtstraße (Altona) und in der Bornheide (Osdorfer Born) unterstützt und ein Aussetzen der Planungen gefordert. Unser Bürgerschaftsantrag ist im Mai 2014 an der Ablehnung der SPD-Mehrheit gescheitert. Nun wird die Volksinitiative voraussichtlich erfolgreicher sein.

Die Anhörung brachte auch einen klassischen Konflikt wieder ans Licht. Verbal unterstützen alle den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und auch den Radverkehr. Droht jedoch z.B. ein Wegfall von Parkplätzen zugunsten von Busspuren oder Fahrradstreifen, kommen einige AutofahrerInnen ins Schwanken mit ihrer Unterstützung. Deshalb wird es wichtig sein, den ÖPNV so zu gestalten, dass ein Verzicht auf das eigene (auch Zweit-)Auto machbar und vertretbar ist. Neben dem ÖPNV ist ein gutes Radverkehrs- und Fußwegenetz eine Voraussetzung hierfür.



Auf dem 2. Beteiligungsforum, 14.11.2015 (M. Joho)

Letzter Nachtzug nach Paris ...



Demo am 11.12.2014 in Hamburg-Altona (M. Joho)

Mit einer Aktion vor dem Bahnhof Altona protestierte die Linksfraktion am 11. Dezember gegen die Abschaffung der Hamburger Nachtzug- und Autozugverbindungen. Konkreter Anlass war der an diesem Abend – um 19.57 Uhr – hier abfahrende letzte Nachtzug nach Paris.

Dies ist mittlerweile die dritte Streichung einer internationalen Verbindung durch die Deutsche Bahn AG (DB) in kurzer Zeit, zugleich Ausdruck der Ausdünnung des Fernverkehrs über den Bahnhof Altona. Erst Ende September sind die Autoreisezüge von Altona nach Villach/Innsbruck und wenig später eine entsprechende Reiseverbindung nach Frankreich gekappt worden.

An dem Protest nahmen – wie auch zeitgleich in anderen bundesdeutschen Städten – vor dem Bahnhof Altona rund 50 Personen teil, darunter Joachim Holstein, Betriebsrat der DB, zwei SprecherInnen der Initiative gegen die Zugstreichungen, Robert Jarowoy, Vorsitzender der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona, sowie Norbert Hackbusch und Heike Sudmann von der Bürgerschaftsfraktion. Der Tenor der Kundgebung machte deutlich, dass auch der Senat keineswegs aktiv geworden ist, um zu verhindern, dass Hamburg auf das Abstellgleis gestellt wird. Man habe auf unternehmerische Entscheidungen der DB nun mal keinen Einfluss, ließ der Senat verlauten. Eine mehr als fragwürdige Aussage, denn die Bahn befindet sich – noch – im Bundesbesitz und muss die Personenbeförderung als Daseinsvorsorge gewährleisten. Und selbstverständlich kann sich der Senat

gegenüber der Konzernleitung entsprechend einsetzen und auf Bundesebene tätig werden.

»Geradezu grotesk ist es«, so die Erklärung der Linksfraktion, »wenn der Senat sich lauthals um die Ausrichtung internationaler Großereignisse bewirbt, aber bei der Streichung internationaler Verkehrsverbindungen nichts unternimmt. Auch aus unternehmerischer Sicht gibt es keine Rechtfertigung für die Einstellung der Nachtzüge. Sie sind nicht unrentabel: Von 2003 bis 2013 ist die Zahl der Passagiere um 4% auf über 1,5 Millionen gestiegen, hinzu kommen 1,2 Millionen Spät- und FrühpendlerInnen in den vorhandenen Sitzwagen. Im vergangenen Jahr hat dieses Segment einen Umsatz von über 120 Millionen Euro erwirtschaftet – bei Kosten von 110 Millionen Euro.«

Die Linksfraktion hält deswegen daran fest, dass die Nachtzugverbindung nach Paris wieder aufgenommen und auch die Streichung der internationalen Autoreisezüge rückgängig gemacht wird. Autos von der Schiene zurück auf die Straße zu bringen, ist nicht akzeptabel. Dies wird von der LINKEN auch auf der Ebene des Deutschen Bundestages vertreten werden, wenn dessen Verkehrsausschuss am 14. Januar 2015 sieben ExpertInnen zum Nachtzugverkehr anhören wird. Sabine Leidig, die verkehrspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, dazu: »DIE LINKE beantragt, dass die Kürzung bei Autoreise- und Nachtzügen zurückgenommen wird. Wir fordern ein mindestens zweijähriges Moratorium, damit in dieser Zeit sinnvolle Alternativen geprüft werden können.«

Von wegen versprochen und gehalten!



Haushaltsdebatte der Bürgerschaft mit Heike Sudmann, 16.12.2014

Schon in den vergangenen Monaten wurde der Senat – vor allem unser aller Erster Bürgermeister Olaf Scholz – nicht müde, darauf heruzureiten, was man zu Beginn der Legislaturperiode 2011 alles versprochen und bis Anfang 2015 alles gehalten habe. Versprochen und gehalten, das wird in den kommenden Wochen ganz sicher zum nervenden Wahlkampflogan der SPD.

Dies gilt ganz besonders auch für die Wohnungspolitik, denn hier brüstet sich der Senat damit, 6.000 Wohnungen versprochen zu haben und – tatsächlich – sind 2013 erstmals sogar 6.407 fertiggestellt worden. Es ist müßig, wenigstens in den »BürgerInnenbriefen« zum x-ten Male auf »Kleinigkeiten« hinzuweisen wie z.B. die Tatsache, dass im Jahr 2013 selbst laut Senatsangaben lediglich 654 (also etwa 10%) öffentlich geförderte, also günstige Wohnungen übergeben werden konnten. Nicht einmal den so oft gepriesenen Drittmix hat der Senat hinbekommen. Auch nicht den überall verkündeten Rückgang der Wohnungsnot. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, denn alleine im vergangenen Jahr standen 6.058 mehr Wohneinheiten (6.407 neu errichtete Wohnungen minus 345 abgerissene Wohnungen) genau 12.070 mehr HamburgerInnen gegenüber, bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,8 Personen haben also die neu geschaffenen Wohneinheiten nicht einmal gereicht, die gewachsene Bevölkerung aufzunehmen.

Selbst die bürgerliche Presse muss bisweilen einräumen, dass es mit der Entspannung auf dem Wohnungsmarkt und bei den Mieten längst nicht so weit her ist, wie uns mittlerweile fast täglich weisgemacht werden soll. Beispielsweise meldete das »manager magazin online« am 3. Dezember, dass

Mittwoch, 7.1.2015, 19.00 Uhr,
Heinrich-Wolgast-Schule, Carl-von-Ossietzky-Platz:
Bezahlbare Wohnungen für alle? Bilanz der vierjährigen Wohnungspolitik des SPD-Senats
Und was die Linke anders machen würde

Mit: Rainer Behrens, wohnungspolitischer Sprecher der Hamburger Linken, Joachim Bischoff, Sozialwissenschaftler, ehemaliges Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Heike Sudmann, seit 2011 stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und Kandidatin für die Bürgerschaftswahl 2015

Freitag, 23.1.2015, 19.00 Uhr, Bildungszentrum Steilshoop, Raum E 17/18, Gropiusring 27
Bezahlbare Wohnungen für alle! GAGFAH, Wohnungsnot und Mietenwahnsinn in Hamburg – Und was die Linke anders machen würde

Mit: Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke, Mitglied des Deutschen Bundestages, Dieter von Kroge, Spitzenkandidat der Linken für den Wahlkreis 12 Bramfeld-Farmsen-Berne, Heike Sudmann, Bürgerschaftsabgeordnete und -kandidatin; Moderation: Julian Georg, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Wandsbek

eine wachsende Anzahl an Luxuswohnungen leer stehe, »während gleichzeitig bezahlbarer Wohnraum für solvente Mittelsfamilien knapp ist«. Oder zitieren wir aus dem »Hamburger Abendblatt« vom 9. Dezember. Dort wird unter Verweis auf Thomas Cirsovius, Professor an der Fakultät Wirtschaft und Soziales der HAW, dargelegt, dass entgegen verbreiteter Auffassung die neuen, frei finanzierten Wohnungen auf dem Markt – wegen des größeren Angebots – eben nicht die Mietpreise senken würden. Im Gegenteil. Denn der Mechanismus des Mietenspiegels sieht vor, dass bei seiner Erhebung und Berechnung nur die Neuvermietungsmieten und die in den letzten vier Jahren »veränderten«, also angehobenen Bestandsmieten Berücksichtigung finden. Und die durchschnitt-

lichen Neuvermietungsmieten liegen ganz beträchtlich über der im Mietenspiegel erfassten ortsüblichen Vergleichsmiete. Anders formuliert: Viele neu errichtete Wohnungen kommen bei der Erstvermietung (mehr als) doppelt so teuer wie ältere Bestandswohnungen – und treiben so die erfassten durchschnittlichen Mietpreise steil nach oben, was alle beim nächsten Mietenspiegel erneut zu spüren bekommen.

Um diese und viele andere einfache und verwickelte Verhältnisse im Wohnungsbereich soll es auf einigen Veranstaltungen im Januar gehen. Wir laden zu dieser Bilanz der vierjährigen Wohnungspolitik des Senats und zur Präsentation linker Alternativen herzlich ein.

100% Demokratie: Cityhof & Karstadt Billstedt



Die Cityhochhäuser, 21.11.2013 (C. Hannen)

»100% Demokratie« – so ist das 18. Kapitel der Langfassung des Programms der Hamburger LINKEN zur Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 überschrieben (www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/Wahlen_2015/Dokumente/WPrg_141115_raw.pdf). Zitieren wir daraus nur einmal die ersten Absätze:

»Grundvoraussetzung einer demokratischen Gesellschaft ist, dass soziale, ökonomische und politische Verhältnisse geschaffen werden, die allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und Lebensweise, die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen. DIE LINKE in Hamburg setzt sich für die Stärkung der sozialen und politischen Grundrechte, der Beteiligungsrechte der Menschen in dieser Stadt und der Selbstverwaltungsstrukturen ein. **Das Engagement der Bevölkerung in Bürgerinitiativen, Verbänden, Gewerkschaften, Parteien, aber auch bei außerparlamentarischen Aktionen und Demonstrationen – nicht nur für unmittelbar**

eigene Interessen – gehören für uns unverzichtbar zu einer sozialen Demokratie. DIE LINKE, ihre Mitglieder und ihre Abgeordneten werden sich in diesem Bereich immer verlässlich engagieren, wenn es um das Erkämpfen bzw. die Sicherung sozialer und demokratischer Rechte geht. Das heißt für uns auch: Demokratie darf nicht am Werkstor enden... Die soziale Demokratie des 21. Jahrhunderts erfordert ein neues Verständnis und Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Beteiligung der Bevölkerung und neue Formen der selbstorganisierten Gestaltung der Stadt haben in den vergangenen Jahren einen enormen Auftrieb erfahren. DIE LINKE steht diesen Entwicklungen außerordentlich positiv gegenüber, spiegelt sich darin doch der **Anspruch der Menschen, die Stadt und ihre Quartiere nicht mehr denen »da oben« zu überlassen, sondern die Dinge »da unten« zunehmend selbst in die Hand zu nehmen.**«

Vor diesem Hintergrund nehmen wir hier zwei aktuelle Erklärungen aktiv gewordener BürgerInnen auf. Sie illustrieren anschaulich: Stadtteil- und Bürgerinitiativen sind klug, geradezu das Salz in der Suppe der demokratischen Metropolengesellschaft. Zunächst ein Statement der neu gegründeten »Initiative City-Hof« vom November 2014. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, den Abriss der Cityhochhäuser am Klosterwall zu verhindern (www.city-hof.org):

Vier gute Gründe für den Erhalt des City-Hofes Hamburg

- 1. Hamburg braucht erschwinglichen Wohnraum in zentraler Lage.** Ob für Studenten oder Senioren, Obdachlose oder Durchschnittsverdiener – in den City-Hof passen über 400 günstige Kleinwohnungen.
- 2. Die Stadtgeschichte muss in ihrer Vielschichtigkeit erhalten bleiben.** Der City-Hof steht mit seiner einmaligen städtebaulichen Qualität als wichtiges Zeugnis der Nachkriegsmoderne unter Denkmalschutz – und aus dieser Epoche verschwinden in Hamburg gerade mehr Denkmäler als je zuvor. Kein Senat hat das Recht, ein ganzes Kapitel aus dem Geschichtsbuch zu reißen. Zudem muss er auch laut Gesetz dem privaten Denkmaleigentümer ein Vorbild sein.
- 3. Jeder Gebäudeerhalt ist nachhaltiger als Abbruch und Neubau.** Der City-Hof stellt eine bedeutende Menge »graue Energie« dar, in Form seiner Konstruktion und verbauten Materialien. Sie nicht weiter zu nutzen, wäre weder ökologisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll.
- 4. Der City-Hof kann die Innenstadt beleben.** Urbane, attraktive Höfe, Passagen und Sichtachsen bieten den Fußgängern einen wichtigen Ausgleich zu den unwirtlichen Verkehrsschneisen um den Hauptbahnhof. Die ursprünglich hell verkleidete Fassade und eine wieder geöffnete Passage sind das große ästhetische und städtebauliche Potential des City-Hofes. Dieses Potential kann ihn wieder zum architektonischen Auftakt in die City und zur wesentlichen Wegeverbindung zwischen HafenCity und Hauptbahnhof machen.

Wir, die »Initiative City-Hof«, fordern daher den Hamburger Senat auf, Erhalt und Weiternutzung dieses Baudenkmals zu sichern! Den Verkauf städtischer Liegenschaften aus kurzfristigen ökonomischen Interessen heraus sehen wir grundsätzlich kritisch. Umso deutlicher erinnern wir daran, dass seit dem Gängeviertel das »Höchstgebotsverfahren« offiziell aufgehoben wurde, um die Stadt zukünftig im Sinne aller Hamburgerinnen und Hamburger zu entwickeln – sozial, kulturell, ökologisch und städtebaulich nachhaltig!

Jeden zweiten Samstag im Monat um 11.00 Uhr und jeden vierten Sonntag im Monat um 15.00 Uhr, gibt es die Möglichkeit, einen Blick hinter die Fassade der Klotzbrocken am Hauptbahnhof zu werfen. Der Treffpunkt für die Führungen ist der Arno-Schmidt-Platz vor der Zentralbibliothek am Hühnerposten. Wir bitten um eine kurze Anmeldung unter: fuehrungen@city-hof.org.

Die nächsten Termine: Sonntag, 28.12.2014 um 15.00 Uhr | Samstag, 10.1.2015 um 11.00 Uhr | Sonntag, 25.1.2015 um 15.00 Uhr

Und auch aus dem Hamburger Osten sind immer wieder interessante Ansätze und Konzepte zu vernehmen, jüngst von der schon etwas länger aktiven Initiative »Hallo Billstedt«. In einer Erklärung vom 15. November 2014 äußert sie sich zur geplanten Schließung der Karstadt-Filiale in diesem Stadtteil (www.hallobillstedt.blogspot.de):

Billstedt soll aufgewertet werden!

Auf diesen Zug ist jetzt auch die SPD Billstedt aufgesprungen. Nun gibt es sicherlich unterschiedliche Vorstellungen, wie man die Lebensbedingungen in Billstedt verbessern könnte, aber wie die SPD mit dem Thema Aufwertung des Stadtteils hausieren geht, dafür fehlt uns das Verständnis. Vor allem, wie diese Partei die geplante Schließung der Karstadt Filiale und damit den Verlust von 75 Arbeitsplätzen kampfflos hinnehmen will.

Wir meinen, dass jeder Arbeitsplatz kostbar ist und dass es sich lohnt, sich für den Erhalt zu engagieren. Zudem geht eine weitere Einkaufsmöglichkeit vor allem für ältere Leute verloren. Mit Sorge beobachten wir, dass eine vernünftige Nahversorgung immer problematischer wird. Viele Läden haben schon aufgegeben, weitere werden folgen, weil immer mehr Kunden im Umkreis wegbleiben!

Die Einschätzung von ver.di, dass die Produktpalette von Karstadt Billstedt nicht auf ihren Standort zugeschnitten war, erscheint in unseren Augen richtig. Es handelt sich aber um ein Versagen des Managements, wie ver.di richtig resümierte. Das ist nicht verwunderlich, denn das Karstadt-Management hatte sich in den letzten zwei Jahren hauptsächlich darauf konzentriert, bei Karstadt in Deutschland 3.000 Arbeitsplätze abzubauen, Tarifverträge auszuhebeln und die Beschäftigten mit Lohn- und Gehaltseinbußen zu drangsalieren. Statt kreativer Ideen und Lösungen begrenzt sich das Handwerkszeug des Managements im Wesentlichen auf »Plattmachen«.

Mit dem Verlust von Karstadt würde auch ein Stück Begegnungsstätte in Billstedt verloren gehen. Wir verstehen unter Aufwertung da doch noch etwas anderes! Wir glauben, dass Karstadt in unserem Stadtteil mit einer veränderten Produktpalette und Produktorientierung überleben kann! Hierfür lohnt es sich, in unser aller Interesse zu kämpfen. Die geplante Schließung bedeutet Abwertung.



Bald um einen Großmieter ärmer? 24.10.2014 (dpa)

Lebendige Stadtentwicklung mit den BürgerInnen

Von Ina Möller, Architektin, Bürgerforum Eidelstedt



Mit der LINKEN nach Berlin: Vor dem Besuch der Ausstellung zum Ersten Weltkrieg (M. Joho)

Richtig gut war's am 27./28. November, als wir in Berlin weilten, auf Einladung des Hamburger LINKEN-Bundestagsabgeordneten Jan van Aken und in Begleitung der Vertreterin der Bundespresseagentur. Thematisch drehten sich die zwei Tage um verschiedene Aspekte der Beteiligungskultur in der Hauptstadt. Wir sprachen mit VertreterInnen des erfolgreichen Volksentscheids, die sich dafür einsetzen, den Flughafen Tempelhof von (Luxus-)Bauten freizuhalten und als riesigen Park zu nutzen, sowie der im Aufbau befindlichen (N)Olympia-Bewegung; wir informierten uns über das Berliner Bezirkswesen, kamen in Lichtenberg mit Kiezbeiräten und der ehemaligen Bürgermeisterin Christina Emmrich zusammen, die vor einem Jahrzehnt in ihrem Bezirk den Bürgerhaushalt einführte. Und gönnten uns natürlich auch einen Besuch des Bundestags, samt lockerem Gespräch mit Jan van Aken, und des Deutschen Historischen Museums, wo gerade noch die Ausstellung zum Ersten Weltkrieg lief, die Anlass zu erheblicher Kritik gab.

Eine der fast 50 Mitfahrenden war Ina Möller, die uns ihre Überlegungen und Schlussfolgerungen zum Thema Partizipation aufgeschrieben hat. Wir danken ihr herzlich für den Beitrag und möchten durchaus auch andere ermuntern, mit Statements in die von uns schon länger geführte Beteiligungsdebatte einzusteigen.

BürgerInnenbeteiligung ist mehr als das Informieren und Einbeziehen von BürgerInnen in die Prozesse von Stadtverwaltung und -entwicklung. Mit echter BürgerInnenbeteiligung kann bürgerliches Engagement als regionale Ressource begriffen, gestärkt und für eine lebendige Entwicklung der Quartiere genutzt werden.

Bürgerengagement hat zwei wesentliche Komponenten: Einerseits Entscheidungsprozesse in Politik und Verwaltung kritisch zu begleiten sowie vor Ort konkrete Projekte für die Quartiere zu organisieren. Diese Arbeit muss nicht als Konkurrenz zu den vorhandenen Strukturen verstanden werden. Vielmehr wird hier politische und gesellschaftliche Basisarbeit auch zu Gunsten von Parteien und Verwaltung geleistet.

Wesentliches Ziel dabei ist, auch den AkteurInnen Gewicht zu verleihen, die nicht in erster Linie ökonomische Interessen verfolgen. Wenn BürgerInnen vor Ort mitgestalten können, wird der Sinn für das Gemeinwohl gestärkt, Demokratie lebendig gehalten und gegen Politikverdrossenheit gewirkt. Innovative Ansätze für die Gestaltung unseres Miteinanders und der gemeinschaftlichen Räume kommen selten aus Verwaltung und Politik.

Veränderungen und Ideen für Neues kommen in der Regel von unten, aus der Bevölkerung, von AnwohnerInnen und BürgerInnen. Diese Anregungen, diese sozialen Kräfte sollte die Stadt sich zu Nutze machen und nicht als störend behandeln.

Nur so behalten wir eine lebendige Gesellschaft und lebendige Demokratie.

Die Auswirkungen des globalen Wirtschaftswandels und die Reformen aus den 68ern haben uns viel Freizügigkeit und Flexibilität gebracht. Gebündelt mit den Auswirkungen des Neoliberalismus, merken wir aber alle, wie wir mit den Freiheiten inzwischen an Grenzen stoßen. Vieles ist weniger verbindlich und für unser eigenes Umfeld fühlen wir uns weniger verantwortlich als früher. Die in den 1970er Jahren in der Stadtplanung propagierte Trennung von Arbeiten und Wohnen hat uns sehr autodominierte Städte beschert. Große Verkehrsachsen schaffen viele unwirtliche Orte. Was früher Plätze waren, sind jetzt Kreuzungen. Ein Stadtumbau zu mehr lebendiger Differenziertheit ist überfällig.

Von Politik und Verwaltung geförderte Projekte sind oft Vorhaben größerer InvestorInnen, von denen sich eine positive Entwicklung des Quartiers versprochen wird. Davon sind häufig den Stadtteil stark prägende Orte betroffen (z.B. Kaufhäuser, Wohnblöcke, Plätze). Die Aufgabe der Politik, die daraus entstehenden Auswirkungen auf das soziale Gefüge der Quartiere zu steuern, wird in der Regel allerdings nicht ausreichend verfolgt.

Ein nachhaltiger Umbau der Stadt, wie von allen offiziell gewünscht, mit Vielfalt in kleinteiliger Perspektive, kann nur mit regionalen Kräften gelingen. Räume und Orte haben einen Mehrwert weit über die reine kommerzielle Verwertung hinaus. Ohne regionale Kräfte zu nutzen und zu stärken, lassen sich aber öffentliche Räume nicht wirklich mit Leben füllen. Die Räume müssen dabei für alle zugänglich bleiben. Eine demokratische Gesellschaft ist verpflichtet, dies zu gewährleisten. Wie formulierte einer auf unserer Berlintour das Fazit daraus so treffend: Wir brauchen keine wirtschaftsfreundliche Demokratie, sondern eine demokratiefreundliche Wirtschaft.

BürgerInnenbeteiligung erlebe ich aktuell als ein Spannungsfeld zwischen BürgerInnen, die das Gefühl haben, nicht durchzukommen und zu wenig Gestaltungsmöglichkeit und Mitspracherecht zu haben, sowie einer Verwaltung, die nach eigener Einschätzung mehr BürgerInnenbeteiligung macht, als sie nach Gesetz machen müsste. »Was sollen wir denn noch machen...« Hier sind noch ganz viel Austausch und kritisch konstruktiver Dialog nötig.

Wir werden Politik und Verwaltung immer wieder an ihre Aufgabe erinnern müssen, die Stadt im Sinne des Gemeinwohls für alle BürgerInnen zu gestalten. Auch wenn wir häufig das Gefühl haben, ständig gegen Windmühlenflügel anzukämpfen, gibt es Anzeichen dafür, dass wir auf dem Weg zu einer Stadtplanung mit echter BürgerInnenbeteiligung sind. Manches, was heute an Aktionen und Gesprächen möglich ist, wäre noch vor fünf Jahren nur belächelt worden. Zu hoffen ist, dass dieser Dialog dazu führt, dass Bürgerinitiativen von Politik und Verwaltung nicht mehr als Störfaktor, sondern als Gewinn bringender Einfluss gesehen und behandelt werden. Erst wenn dies in möglichst vielen Köpfen auch ganz oben angekommen ist, lässt sich nachhaltige Stadtentwicklung in umfassendem Stil betreiben.

Auf dem Weg dahin brauchen wir weiterhin Humor, Frechheit und Stärke durch gute Vernetzung. In diesem Sinne freue ich mich auf guten Austausch und gute Zusammenarbeit in unseren Netzwerken.

Mein Buchtipp: Susanne Lehmann-Reupert: Von New York lernen. Und noch ein Hinweis: Das PIA Netzwerk e.V. (www.pia-net.de) veranstaltet am Freitag, den 29. Mai 2015, im Rahmen des Hamburger Architektursommers einen Abend mit exemplarischen Beispielen zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Wir suchen noch Beiträge dazu. Bei Interesse bitte bei mir über info@pia-net.de melden.



Bei Jan van Aken in Berlin, November 2014, Zeichnung von Birgit Kiupel

Kultur Tipp: Nischen & Eine Welt Fest



Foto: Uli M. Fischer (aus der Ausstellung »Nischen«)

Es gibt Ausstellungen in dieser Stadt, bei denen die Gefahr besteht, dass sie übersehen werden, nicht zuletzt, weil die Medien wenig Interesse zeigen oder bestenfalls am Rande darüber berichten. Um solche Nischen handelt es sich auch bei der gleichnamigen Ausstellung, die zurzeit im Südschiff der Hauptkirche St. Jacobi (Jakobikirchhof 22) zu sehen ist. Uli M. Fischer hat sich die Hamburger Innenstadt vorgenommen und Orte fotografiert, in denen obdachlose Menschen leben, wenigstens übernachten. Das sind windgeschützte Ecken, etwas wärmere Plätze über Abzugsgittern, Hauseingänge, Nischen eben.

Bei der Ausstellung **Nischen. Betrachtungen zur Obdachlosigkeit. Armut und öffentlicher Raum**, die noch bis zum 6. Januar 2015 zu sehen ist, handelt es sich um ein Projekt der »hoffnungsorte hamburg«, das vom Verein Stadtmission betrieben wird. Unterstützung findet die Präsentation durch die Toepfer Stiftung F.V.S. Die Ausstellung ist täglich von 11.00 bis 17.00 Uhr zugänglich. Am Sonntag, den 21. Dezember, gleich nach dem Gottesdienst (also gegen ca. 11.15

Uhr), lädt Ulrich Hermannes – der Leiter der Stadtmission – ein »zu einer Führung zu Orten der Ausstellung und Angeboten der hoffnungsorte Hamburg«.

Die in einer limitierten Auflage von zehn Exemplaren hergestellten Fotos können übrigens erworben werden. Ein Viertel des Verkaufserlöses kommt der Arbeit der hoffnungsorte Hamburg zugute. Vielleicht kann diese Ausstellung auch den Anlass bieten, in den kommenden Wintertagen vermehrt auf obdachlose Menschen in der Nachbarschaft zu achten. Warme Klamotten, Schlafsäcke usw. werden immer benötigt.

Außerdem möchten wir noch hinweisen auf das **Eine Welt Fest**, mit dem die Linksfraktion schon fast traditionell das Jahr beschließt. In diesem Jahr findet es am Samstag, den 20. Dezember, ab 18 Uhr wiederum in der Pausenhalle der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg (Greifswalder Straße 40/Carl-von-Ossietzky-Platz) statt. Das Motto lautet dieses Mal »Welcome to Hamburg. Gleiche Rechte für alle«. In der längsten Nacht des Jahres wird Musik, Tanz und Kulinarisches aus aller Welt geboten. Der Eintritt ist frei.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.